

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 62 (1982)
Heft: 5

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mehr Demokratie?

Vom «Helvetischen Malaise» zum «lebendigen Föderalismus»

Vor nunmehr bald zwei Jahrzehnten – es war im Jahr 1964 – hat eine in der Evangelischen Zeitbuchreihe POLIS herausgegebene Schrift Aufsehen erregt: «Helvetisches Malaise» war sie betitelt. Ihr Verfasser, der Basler Staatsrechtslehrer Max Imboden, hat in dem Bändchen mit harten Strichen eine Analyse der damaligen schweizerischen Grundstimmung nachgezeichnet. Noch kannten wir die erst 1968 ausgebrochenen Jugendunruhen nicht, und erst recht lagen die Ausbrüche, wie sie uns jüngst in beängstigender Wiederholung jener Ereignisse bescherzt wurden, noch im dunkeln. Es waren indessen die Zweifel schon zu erkennen, die am Vertrauen auf die Funktionsfähigkeit unserer demokratischen Institutionen in einer in raschem Wandel begriffenen Gesellschaft und Umwelt nagten. Der auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit stehende Staatsrechtler und politisch wache Bürger glaubte die Mängel als Versagen der Ordnungsfunktionen bestätigen zu müssen. Dementsprechend liess er seine Kritik in die Empfehlung von Massnahmen ausmünden, die eine auf Verfassung und Gesetz gegründete Erneuerung zum Ziel haben sollten. Sollten wir uns dazu nicht aufraffen können, wurde eine düstere Prognose gestellt. Ja, Professor Imboden scheint,

wie die letzten Sätze der Diagnose in stiller Resignation zeigen, eigentlich damit gerechnet zu haben: «Um den Preis der Mittelmässigkeit suchen wir Ruhe. Heute müssen wir feststellen, dass gerade aus der gewollten Ruhe neue Unruhe zu werden droht!»

Die dunkle Voraussage ist eingetroffen: Zwar haben sich unsere Behörden, angetrieben durch Vorstösse aus dem Parlament, das seinerseits durch Volks- und Bürgerinitiativen immer neu unter Druck gesetzt wird, Mühe gegeben, Neuerungen in die Wege zu leiten, die – wie die verschiedenen Finanzreformen, die zur Aufrechterhaltung des Staatsbetriebs schlicht unerlässlich waren – über das Aller-notwendigste hinausweisen. Im Vordergrund steht hier die fast gleichzeitig mit Imbodens Kritik häufig gemachte Totalrevision der Bundesverfassung. Soeben hat der Bundesrat den heroischen Beschluss gefasst, dieses anspruchsvolle Verfahren über alle Widerstände hinweg zur Entscheidung weiterzuführen. Es würde damit, so von dem kühnen Expertenentwurf in der Ausmarchung noch etwas übrigbleibt, einem wesentlichen Anliegen des Basler Professors Rechnung getragen. Nämlich: die überkommenen Institutionen an die grösseren Ansprüche des technischen Zeitalters anzupassen.

Schüchterner sind schon die Experten mit dem zweiten, von Imboden aufgezeigten Problemkreis verfahren: Die Stärkung der Gewalten ist vernachlässigt worden zugunsten eines grösseren Mitspracherechts des Souveräns. Und erst recht ist von einer Rückenstärkung für mutiges Politisieren im Verfassungsentwurf nicht die Rede. Kann es wohl auch nicht sein, denn ihm ist mit keinem noch so klug formulierten Text auf die Beine zu helfen; es muss aus dem für seinen Staat sich engagierenden Bürger herauswachsen!

Trotz den unternommenen und noch im Gange befindlichen Anstrengungen hat sich der Zustand der Nation gegenüber 1964 nicht verbessert. Im Gegenteil: er ist schlimmer geworden. Alarmierendste Anzeichen sind auf der einen Seite die zunehmende Passivität des Stimmüngers, dessen Anteilnahme mit der im Gefolge der Verleihung der politischen Rechte an die Frauen bewirkten zahlenmässigen Verdoppelung nicht Schritt gehalten hat, auf der anderen Seite die Ungebärdigkeit eines Teils der Jungen. Die einen wollen von Reformen nichts wissen, wollen nur in Ruhe gelassen werden. Die andern haben kaum eine klare Vorstellung von dem, was sie wollen, verlieren sich in auf blosse Zerstörung des Bestehenden ausgehender Anarchie.

Ist das Bild zu schwarz gezeichnet? – Sicherlich darf nicht übersehen werden, dass auch andere Strömungen durch unser Volk gehen. So ist in letzter Zeit immer lauter – und mit sichtlichem Erfolg bei den Wählern – der Ruf nach «weniger Staat» zu hören, der auf den Abbau für überflüssig gehaltener Staatseingriffe gerichtet ist.

Gleichzeitig mehren sich die Ordnungsrufe, die der Rechtsverweichung Einhalt gebieten möchten: Weniger Interventionismus, dieses Weniger aber mit der nötigen Entschlossenheit durchgeführt! Daneben sind auch ausserhalb der offiziell betriebenen Reformen ernsthafte Bestrebungen um die Zukunft besorgter einzelner zu erkennen, Staat und Gesellschaft von Grund auf zu reformieren.

In der gleichen POLIS-Zeitungreihe, die seinerzeit Imbodens Mahnruf willkommenes Forum war und nach einer Ruhepause unter ihrem Mentor Lukas Vischer inzwischen als «Neue Folge» Auferstehung gefeiert hat, ist dieser Tage ein Bändchen erschienen, dem man die gleiche kritische Beachtung geschenkt sehen möchte wie seinem berühmten Vorgänger. «Mehr Demokratie im Föderalismus» lautet sein Titel. Als Autoren zeichnen gemeinschaftlich der Dozent für neuere Schweizer Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Bern, Peter Gilg, der sich als sorgfältiger Herausgeber der Jahresschönk des Forschungszentrums für schweizerische Politik, «Année politique suisse», einen Namen gemacht hat; der Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Beat Kappeler; der Aargauer Journalist und Siedlungsplaner Werner Geissberger; Rolf Deppeler, Generalsekretär der Schweizerischen Hochschulkonferenz und aktiver Politiker in seinem Heimatkanton Bern.

Diagnose und Therapie

Die Broschüre ist zunächst auf eine Diagnose des Zustands und dessen

Konfrontation mit den idealen Vorstellungen angelegt, die wir immer noch von unserem Staat und der Marktwirtschaft hegen. Gilg und Kappeler teilen sich in diese Aufgabe so, dass ersterer «Staatsbürgerkunde-Ideal und gesellschaftliche Wirklichkeit» einander gegenüberstellt, während der zweite «Markt-Ideal und wirtschaftliche Konzentration» aneinander misst. Im zweiten, therapeutischen Kapitel, das den richtungweisenden Ausweg aus der unbefriedigenden Situation aufzeigen möchte, melden sich der Reihe nach zunächst wieder in aller Nüchternheit Gilg («Föderalismus als Lebensform») und Kappeler («Wege zur Teilnahme in der Wirtschaft»). Der von der Seelenlosigkeit unserer Agglomerationen sichtlich niedergeschlagene Planer Geissberger greift mit seinem «Aufstand der Gefühle – eine Chance für die Erneuerung des Föderalismus» fester in die Saiten. Den Schlussakkord schlägt Deppeler mit der Forderung nach «Demokratie auch in der Schule». Es seien aus beiden Kapiteln die wesentlichsten Punkte kurz resumiert.

Den Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung mit dem gestellten Problem fixiert Gilg mit der Feststellung, dass die schweizerische Demokratie Gefahr laufe, den Boden unter den Füssen zu verlieren, indem eben die mangelnde Beteiligung der in unserem Land lebenden Menschen an den öffentlichen Dingen in Erinnerung gerufen wird. Aber es wird dafür nicht schlechter Willen verantwortlich gemacht. Die eigentliche Krise unseres föderalistischen Systems sei, dass Betroffenheit und Mitwirkungsmöglichkeiten mehr und mehr auseinanderklaffen. Wohl werde das Bild von der

mustergültigen föderalistischen Demokratie noch immer vom dreistufigen Staatsaufbau aus Gemeinden, Kantonen und Bund geprägt, wo in der Gemeinde der Bürger das Nächstliegende bestimmt, ihm im Kanton Gelegenheit geboten ist, zu schon etwas ferner liegenden Angelegenheiten Stellung zu nehmen, und er eher ausnahmsweise nur vom Bund aufgerufen ist, Entscheidungen von landesweiter Bedeutung zu treffen. Vor hundert Jahren, als man noch meist am gleichen Ort arbeitete, an dem man wohnte, als man noch weniger reiste oder den Wohnsitz wechselte und das Leben noch stärker von Sitte und Brauch und weniger von Gesetzen und Verordnungen geregelt war, hat dieses Idealbild einigermassen gestimmt.

Inzwischen haben, getrieben von der wirtschaftlichen Entwicklung, wesentliche Gewichtsverschiebungen stattgefunden und unseren traditionellen Staatsaufbau in Frage gestellt. Die Konzentration der Arbeitsplätze in grossen Siedlungszentren hat zum Auseinanderfallen von Arbeits- und Wohnort geführt. Es haben sich daraus nicht nur materielle Probleme ergeben. Bedeutsamer erscheint, dass die Zuzüger der Agglomerationsgemeinden nicht in ihren Wohnort hineingewachsen sind. Die alten und die neuen Bewohner haben unterschiedliche Bedürfnisse, Interessen und einen andern Lebensstil. Das soziale und politische Leben ihrer neuen Gemeinde kümmert sie wenig. Gleichzeitig hat sich wegen der internationalen Verflechtung der Wirtschaft und der zunehmenden Belastung des Staates mit sozialen Aufgaben im Innern eine neue Rolle von Bund und Kanton Schritt um Schritt Geltung verschafft. Das übergeordnete

Staatswesen ist zum Nachteil des kleineren, dafür näherliegenden Gemeinwesens immer bedeutungsvoller geworden.

Jedenfalls sind die Grenzen der praktischen Einflussnahme verschoben worden: Die alten, an die Gemeindeautonomie gebundenen Grenzen umschliessen keine selbständigen Räume mehr. Die Gemeinde droht zur blosen Verwaltungsstelle zu degenerieren. Gleichzeitig haben nicht nur die grösseren Gebietskörperschaften grösseres Gewicht erhalten. Auch wirtschaftliche Machtzentren haben vermehrte Bedeutung für den Bürger, woraus sich eine eigentliche Entfremdung zwischen Bürger und Staat ergibt. Der Schweizer von heute ist weniger an Ordnungen und Loyalitäten gebunden. Dafür ist er abhängiger geworden vom wirtschaftlichen Fortkommen, von beruflichem Aufstieg und Konsumgewohnheiten. Wenn der Bürger aber dem Staat den Rücken kehrt, läuft dieser Gefahr, seinen demokratischen Charakter zu verlieren.

Aus den Zwängen ausbrechen

Diese Entwicklungsgeschichte des politischen Wissenschaftlers wird vom Ökonomen und Gewerkschafter mit Hinweisen auf das parallele Geschehen im Wirtschaftsbereich ergänzt. Kappeler befasst sich näher mit dem hier sich vollziehenden Konzentrationsprozess. Einem Prozess, der von nüchternen Wirtschaftlichkeits- und Konkurrenzüberlegungen angetrieben wird. Die «Multinationalisierung» der Weltwirtschaft und die kompromisslose Wahrnehmung der Exportchancen der schweizerischen Industrie auf dem

Weltmarkt beeinträchtigen zusehends die Autonomie im nationalen und lokalen Bereich. Zusammenfassend charakterisiert Kappeler Vorzüge und Nachteile dieser Entwicklung als «Proletarisierung auf hohem Konsumniveau»: «Man fliegt zwar in die Marokkoferien, arbeitet aber immer seltener mit eigenem Werkzeug und auf eigene Rechnung und wohnt immer seltener in eigenen Wänden . . .»

Von diesem «statement» zu den Versuchen, aus den festgestellten Zwängen auszubrechen, wobei in Abweichung von der vom Autorenkollektiv befolgten Einreihung der therapeutischen Beiträge gleich Kappeler das Wort zur Weiterführung seiner Gedanken gegeben sei.

Es kann von dieser Seite nicht überraschen, dass das Schwergewicht der Ausführungen auf den Leitgedanken gelegt wird, die Machtkonzentrationen im wirtschaftlichen Bereich durch politische Machterweiterungen zu bewältigen, das heisst mit neuen Kontrollbefugnissen des Staates ein Gegen gewicht zur Wirtschaftsmacht zu schaffen. Das ist der eine als gangbar bezeichnete Weg. Der andere führt über vermehrte Mitbestimmungs be fugnisse der direkt Betroffenen zur Beschränkung und Auflockerung wirtschaftlicher Selbstherrlichkeiten. Auch dieses Postulat ist nicht neu. Interessant ist aber, wie der dem Wirtschaftsgeschehen nahestehende «Gewerkschaftsboss» bei aller Radikalität einzelner Vorschläge doch recht differenziert vorgehen möchte, um die den Wohlstand produzierenden Kräfte nicht allzusehr zu lähmen.

Kappeler setzt mit seinen Reformvorschlägen auf Gemeindeebene an: Hier, wo die von der Expansion ver-

ursachten Schwierigkeiten – es sei nur an die «Entsorgungsprobleme» der modernen Gesellschaft erinnert – von der einzelnen Gemeinde nicht mehr bewältigt werden können, ist es gewissensmassen von selber zu «Zweckverbänden» gekommen, in denen sich verschiedene Gemeinwesen zur Lösung der zu gross gewordenen Aufgaben zusammengeschlossen haben. Diese Verbände sind aber recht undemokratisch organisiert. Das Sagen haben die Politiker, die als Gemeindedeligierte in diese Verbände abgeordnet werden. Der Souverän kann höchstens mit der Beitragsverweigerung ein Veto gegen die Abmachungen der Techniker einlegen, womit er sich und seine Mitbürger aber zugleich von den Vorteilen der gemeinsamen Anlage ausschliesst. Die Zweckverbände müssten deshalb den Bürger durch Ausbau der Wahl- und Kontrollmöglichkeiten auch an diesen Institutionen näher beteiligen.

«small is beautiful»

Damit zu den Massnahmen, die sich direkt mit der Wirtschaft befassen: Hier wird der Weg über den Ausbau der Bundeskompetenzen gesucht. Im Umweltschutzrecht, wo der Grundsatzentscheid in fast einmütiger Zustimmung von Volk und Ständen längst ergangen ist, die gesetzliche Detailregelung aber an Widerständen sich stösst. Im Kartell- und Unternehmensrecht, wo insbesondere das Aktienrecht nach Auffassung nicht nur des Verfassers hinter der Entwicklung nachhinkt. Kappeler: «Ein wirksames Konzern- und Unternehmensrecht... holt sich nur das zurück, was sich die Unternehmen durch ausgedehntes

Spielen mit den staatlicherseits zur Verfügung gestellten Formen des bisherigen Wirtschaftsrechts, etwa der Form der Aktiengesellschaft, genommen haben.»

Weiter wird als Gegensteuer gegen die wirtschaftliche Konzentration die bewusste Förderung des Kleinen und eine ebenso zielstrebige Bremsung des Expansionsdrangs gefordert. Kappeler ist sich bewusst, dass dadurch der Zugang zu den Auslandmärkten eingedämmt würde. Die nachteiligen Folgen für den Volkswohlstand wären aber nach seinem Konzept durch eine Förderung des Binnenmarkts, beispielsweise durch gezielte öffentliche Aufträge an kleine Unternehmen, durch Kredit- und Gründungshilfen, wettzumachen. Es wird mit einem Seitenhieb gegen die Banken beigefügt, dass statt das Geld auf die Grossbanken zu tragen, die ihre Anlagen nach reinen Renditeüberlegungen tätigen, vermehrt genossenschaftliche Kreditgenossenschaften zu gründen und zu berücksichtigen wären.

Zurückhaltender – auch das überrascht nicht – erweist sich der Gewerkschaftsvertreter gegenüber direkten Staatseinflüssen auf die Einkommenspolitik. Hier will man unter sich bleiben. Die Umverteilung des Vermögens durch Steuerabschöpfung ist der von ihm und seinen Genossen bevorzugte Weg zum besseren Ausgleich zwischen gross und klein, wobei allerdings nicht unterschlagen wird, dass davon nicht mehr allzuviel zu erwarten sein dürfte, weil politische «Realisierungsschwierigkeiten» radikaleren Massnahmen entgegenstünden. Eher wäre zu versuchen, den Ungerechtigkeiten zwischen der Inflation schutzlos ausgelieferten Sparern und Sachwertbesitzern

mit der Einführung von «indexedierten Sparbüchern» beizukommen.

Das A und O aller Korrekturversuche wird indessen in der endlichen Lösung der Mitbestimmungsfrage gesehen: Erst dann könnte sich der Schweizer als freier Bürger fühlen, wenn er auch an seinem Arbeitsplatz und in seinem Unternehmen mitsprechen könnte. Und zwar nicht nur über Arbeitsbewertung, Lohneinstufung, Einstellungen und Entlassungen, Beförderungen, sondern auch – durch Einsitz von Belegschaftsvertretern im Verwaltungsrat – über langfristige Planung, Verlagerung der Geschäftstätigkeit ins Ausland, Gewinnverwendung und so fort. «Etwas mehr „Dorf“ im guten Sinne wieder in sämtlichen Lebensbereichen herzustellen, darf und muss das Ziel für den Einsatz unseres beispiellosen Reichtums sein.»

Wir müssen es uns versagen, in gleicher Ausführlichkeit auf die Ausführungen des Siedlungsplaners und des Schulfachmanns einzugehen. Deppeler lässt seine Forderung nach «Demokratie in der Schule» in eine Partizipation der Betroffenen nach dem Grad ihrer Betroffenheit ausmünden. Es sollten nicht länger nur Behörden und Lehrerschaft ein massgebendes Wort mitzusprechen haben, sondern vor allem auch die Eltern vermehrt zu wichtigen Entscheidungen beigezogen werden. Geissberger führt die vom Ökonomen aufgezeigten Ansätze zu einer besseren Bewältigung der über den Kopf gewachsenen Probleme durch angepasste Instrumentarien wohl insofern weiter, als er von «Kleinen Netzen» spricht, in denen wieder eine überschaubare Gemeinschaft entstünde. Seine wichtigsten Vorschläge sind aber auf die Redimensionierung des Ganzen gerichtet: Statt

wie wild weiter zu konsumieren und damit eine Entwicklung immer weiter voranzutreiben, die im Grunde niemandem behage, möchte er durch geeignete Massnahmen – gleitende Arbeitswoche, Teilzeitarbeit, «Geteilter Job», Verkürzung der Arbeitszeit, Bildungspausen – den blinden Arbeitseifer eindämmen und den Menschen wieder zu sich selber führen. Eine Hoffnung, dass es dazu kommen könnte, erblickt er in der sich abzeichnenden «Zweiten industriellen Revolution», die durch vermehrten Computer Einsatz anstelle der Arbeitsplatzkonzentration in Grossbetrieben der «Heimarbeit» in den eigenen vier Wänden zu einem erstrebenswerten Revirement verhelfen würde . . .

Mitbestimmung – oder Überforderung

Doch lassen wir noch einmal Gilg zu einer zusammenfassenden Darstellung das Wort. Zwei Wege bieten sich an: Vorwärts durch bessere Bewältigung der Komplexität einer erdumspannenden Verflochtenheit oder rückwärts durch Abbau der staatlichen Leistungen und Untertauchen in «Subkulturen» mit einfacheren, natürlicheren Werten.

Die Verfasser der Schrift sind freilich nicht der Meinung, dass wir ins Mittelalter zurückkehren könnten oder sollten. Sie verweisen auf Denk- und Handlungsmodelle, die wir herkömmlich als föderalistische Modelle bezeichnen. Dabei werden die hergebrachten Strukturen als mangelhaft erkannt. Laut Gilg wäre es ebenso überholt, dass grosse und kleine Kantone gleich viel zu sagen haben, wie

die meisten Gemeinden zu klein seien, um die Gegenwartsprobleme zu meistern, andere zu gross, ihre Aufgaben mit der nötigen Anteilnahme der Bürger zu lösen. Es bedürfe hier wie dort der Entwicklung von Verfahren, durch welche die Bedürfnisse eines Dorfs oder Quartiers wirksam geltend gemacht werden können, damit die Zahl derjenigen, die ihr gesellschaftliches Schicksal mitbestimmen, wieder zunimmt.

Deshalb genüge es auch nicht, einfach eine neue Hierarchie der Kompetenzen zu errichten, wie es jüngst auf Bundesebene mit der neuen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen versucht wird. Not tätte eine bessere Zusammenarbeit auf allen Stufen nach dem Vorschlag der Experten für eine Totalrevision der Bundesverfassung. Sie müsste zu einer wirksameren Organisation der Zukurzgekommenen ausgebaut werden – in Wohnquartieren, Gemeinden, am Arbeitsplatz, in der Schule –, damit alle im überschaubaren Raum an den Entscheidungen Anteil haben können.

*

Also: «Mehr Demokratie»? – Es sei dazu dem Rezensenten ein kurzes eigenes Wort gestattet: Besser würde wohl von gezielter Demokratie gesprochen. Ein Mehr an Mitbestimmungsrechten ist nicht das Heil aller Dinge. Es könnte zu Überforderungen führen, die nur ein Nährboden für noch mehr Bürokratie wären. Statt zu einer entschlosseneren Führung der Geschäfte

zu führen, wie sie Imboden vorgeschiebt hat, würden wir uns erst recht in endlosen Auseinandersetzungen verlieren, die jede Entscheidungskraft lähmen müssten.

Übrigens ist es doch so, dass wer mitentscheiden will in unserem Staat und unserer Gesellschaft, schon heute weite Gelegenheiten dazu hat. Er müsste sich bloss dazu aufraffen, seine Mitwirkung an der Basis und in offenstehenden Chargen nicht länger zu versagen. Und er müsste seine persönliche Verantwortung nicht nur als Souverän, sondern auch als Konsument vermehrt praktizieren. Wenn beispielsweise die Massenpresse, wie auch von den Autoren der vorliegenden Schrift hart gerügt wird, so zunimmt, so können die vielgeshmähten «Presselords» nur deshalb so erfolgreich den Markt an sich reissen, weil ihre Produkte von einem willigen Leser gekauft werden.

Und noch ein letztes: So schlecht geht es uns bei aller Kritik an Staat und Gesellschaft offenbar nicht. Wer einen Blick über die Grenzen wirft, wo die Arbeitslosenheere überhandnehmen, und damit die Arbeitsmarktlage im eigenen Land vergleicht, der stellt dankbar fest, dass die Vollbeschäftigung einen Preis wert ist. Wenigstens für alle, denen die Arbeit keine Geissel, sondern eine Befriedigung ist. Davon dürfte vielleicht mehr sprechen, wer zu leicht geneigt ist, nur dem Aufbegehren von Unzufriedenen volle Beachtung zu schenken.

Arnold Fisch

Rätoromanisch – bedrängt und eingeengt

Zukunft für eine gefährdete Sprache?

Das Rätoromanische – ich sehe von der Aufteilung in die unter sich abgegrenzten Sprachgebiete innerhalb der Sprachregion ab und spreche von der Region als Ganzem – ist aus vielen Gründen gefährdet. Es fehlt nicht an verdienstvollen Bemühungen, die Existenzprobleme der kleinen Sprachengemeinschaft zu mindern und ihr zu helfen, ihre Muttersprache und damit ihre Identität zu erhalten. Aber es gibt Umstände, die stärker sind. Mit Begeisterung und gutem Willen, so unerlässlich sie sind, ist es in diesem Fall nicht getan. Die zunehmende Binnenwanderung, der Fremdenverkehr, wirtschaftliche und kulturelle Bedingungen, die das Rätoromanische in seiner Isolation zwangsläufig in den Stand eines vielleicht verehrten und bewunderten volkskundlichen Kuriosums versetzen, sind Tatsachen, gegen die es keine taugliche Abwehr gibt. Zu beobachten ist längst auch, dass sich die Alpentäler, in denen das Rätoromanische noch heimisch ist, wie andere Alpentäler auch allmählich entvölkern – sofern sie nicht Kurorte beherbergen, was aber gleichbedeutend mit einer zunehmenden Überfremdung ist. In den Bergtälern gibt es ausserhalb der Landwirtschaft fast keine Arbeitsplätze. Besorgt ist man über die Abwanderung der Pfarrer und Lehrer, die jedoch ihren Töchtern und Söhnen eine Weiterbildung ermöglichen möchten und daher ins Tal ziehen, auch des besseren Verdienstes wegen natürlich. Wer in diesen Re-

gionen Land besitzt, widersteht nicht mehr der Verlockung, etwas davon an gut zahlende Städter abzugeben. Radio und vor allem Fernsehen erreichen seit einiger Zeit auch die abgelegsten Weiler in den Bergen, und wenn es auch verdienstvoll ist, dass der vierten Landessprache in diesen Medien Sendezeit gewährt wird, dass insbesondere Sendungen für Kinder regelmässig im Programm erscheinen, so muss anderseits doch auch bedacht werden, dass das Fernsehbild in Kindern und Jugendlichen Sehnsüchte weckt oder bestärkt, weil es ihnen eine andere Welt, «die grosse weite» nämlich, in die Stube bringt. Ein Kenner der Verhältnisse hat übrigens im Rahmen einer Tagung über «Gegenwart und Zukunft einer gefährdeten Sprache», die 1973 im Stapferhaus auf der Lenzburg stattgefunden hat, auch eine Kehrseite der Bevorzugung festgestellt, die die Rätoromanen im Fernsehen (und man könnte wohl auch sagen: in ihren literarischen und künstlerischen Äusserungen) geniessen¹. Der benachbarte Walser nämlich, der – abgesehen von der Sprache – genau die gleichen Probleme hat wie sein rätoromanischer Nachbar, auch wenn er etwas zu sagen hätte, auch wenn seine Weltsicht und seine Mundart, seine Kreativität und Eigenständigkeit von allgemeinem Interesse wären, wird nicht eingeladen, an Mikrophon und Bildschirm zu erscheinen. Die forcierte Begünstigung der romanischen Populationen zeigt ja gerade, dass

hier kritische Prüfung, nüchterne Auseinandersetzung hintangestellt sind: ein Symptom dafür, dass man der Lebenskraft dieser Kultur nicht mehr so recht traut.

Ich bin nicht in der Lage, den gesamten Fragenkomplex hier aufzurollen. Dass darin auch die rechtliche Stellung des Rätoromanischen im Bund und im Kanton Graubünden eine entscheidende Bedeutung hat, sei nur angedeutet. Umstritten ist ein Entwurf zu einem bündnerischen Sprachengesetz, durchaus ungewiss der Weg, der hier schliesslich eingeschlagen wird. Aber ich möchte auf eine erfreuliche Tatsache hinweisen, die zwar auch nicht Rettung bringt, aber immerhin Zuspruch und Hoffnung. Ich meine die Tatsache, dass vermehrt beobachtet werden kann, wie Zugezogene oder regelmässig wiederkehrende Gäste, die im Tal einen Zweitwohnsitz haben, sich um Assimilation bemühen. Es mehren sich die Fälle, in denen zum Beispiel Deutschschweizer Romanisch-Kurse besuchen, um die alte, verehrte Kultur unmittelbarer kennen zu lernen, um mit den Leuten sprechen zu können und ihre Bücher in der Originalsprache zu lesen. Hier findet ein echter Austausch statt, einmal in umgekehrter als in der sonst üblichen Richtung. Die Kinder aus den Tälern müssen ja aus Existenzgründen Kultur und Sprache der «anderen» erlernen; die Gäste tun es aus Sympathie, aus Liebe zu den Leuten und zum Land. Ob darin schon Zukunft für eine gefährdete Sprache liege, ist dabei weniger die Frage als vielmehr, ob es auch verstanden werde. Man kann viel Zurückhaltung und Scheu erfahren. Nicht leicht ist es, mit den Einheimi-

schen – zum Beispiel im Dorfwirtshaus – ins Gespräch zu kommen, auch wenn man ihr Idiom versteht und leidlich spricht. Viel wäre gewonnen, wenn es gelänge, diese Schranken abzubauen, Verkrampfungen und Abkapselung zu lockern und schliesslich aufzugeben. Und vielleicht ist dazu die Chance in den stärker durchmischten Siedlungen, ja selbst in Kurorten grösser als in alten, geschlossenen Dorfgemeinschaften. Es kann jedenfalls für die nicht-rätoromanischen Schweizer nur ein Gewinn sein, diesen Weg beharrlich zu suchen. Im Idealfall würden sie dann das Rätoromanische, seine überlieferte Kultur (die durch den geplanten Neudruck der «Rätoromanischen Chrestomathie» von Caspar Decurtins noch besser greifbar würde) als lebendigen Gewinn erfahren, und die Rätoromanen hätten die Genugtuung, im lebendigen kulturellen Austausch mit den Nachbarn zu stehen.

«Rumantscheia»

Einen mutigen Schritt in dieser Richtung hat 1979 die «*Quarta Lingua*» getan, wie sich eine Vereinigung zur Förderung der rätoromanischen Sprache nennt. In diesem Jahr nämlich ist unter dem Titel «*Rumantscheia*» eine romanisch-deutsche Anthologie erschienen, und zwar ausschliesslich mit Texten von Schriftstellern unserer Zeit². Der Herausgeber, *Bernhard von Arx*, nennt als Zielpublikum Leser der nicht-romanschen wie der romanischen Schweiz, aber auch Ausländer. Die Absicht ist eindeutig, «aus den romanischen Tälern heraus Brücken» zu schlagen «in anderssprachige Lande», anderseits

aber auch Brücken in die romanischen Täler zurück. Die Rätoromanen sehen sich in diesem Werk von den «anderen» aufgenommen, und sie gewinnen darin einen Überblick über das vielfältige literarische Schaffen ihrer eigenen Gegenwart, wie sie ihn vielleicht selber gar nicht hatten.

Achtunddreissig Autoren sind in dem Buch mit Proben ihres Schaffens vertreten. Wer etwa geglaubt hat, hier gebe es nur Kleinmeister des bäuerlichen Idylls, Hüter volkstümlicher Tradition in Erzählung und Lyrik, wird erstaunt sein über die zahlreichen Formen und Techniken, in denen sich die Schriftstellerinnen und Schriftsteller der «Rumantscheia» ausdrücken. Es ist ein Lesebuch für solche, die sich einige Kenntnisse in der rätoromanischen Sprache angeeignet haben und nun erfahren möchten, worüber die zeitgenössischen Autoren der Region schreiben, in fünf verschiedenen Dialekten notabene. Die Übersetzung ist dem Original immer gegenübergestellt: man wird nicht im Stich gelassen, wenn man in der Lektüre nicht weiterkommt. Das Thema der Gefährdung klingt kaum an. Aber es ist gegenwärtig dennoch, etwa im Gedicht von Giusep Durschei, «*Igl emigrant modern*», das in lapidaren Vierzeilern die Rede eines jungen Rätoromanen aufzeichnet:

*Quei che nos vegls han erigiu
sdernein nus cun risadas.*

*Tgei drov'ei oz baselgia, Diu ?
Naven cun mascaradas !*

*Was unsre Ahnen je erbaut,
verwerfen wir mit Hohn.
Wir jagen Maskeraden laut,
pfeifen auf Gotteslohn !*

Es treibt ihn weg, hinaus aus dem kleinen armen Nest und aus dem engen Haus seiner Väter: der Dichter stellt es in einfachen, knappen Versen dar.

Das Romanische von Obervaz, Lenzerheide, Valbella

Eigentlich müsste hier der Romanist und Sprachwissenschaftler weiterfahren. *Theodor Ebneter* legt ein prachtvolles Wörterbuch des Romanischen von Obervaz, Lenzerheide, Valbella vor, das übrigens neben der Originalausgabe, die in den «Beiheften zur Zeitschrift für romanische Philologie» erschienen ist, als Sonderausgabe für die Gemeinde Obervaz mit Lenzerheide und Valbella hergestellt worden ist.³ Wenn ich dennoch, als Nichtromanist und Laie, auf dieses Wörterbuch etwas näher eintreten möchte, so darum, weil es durchaus auch zu verstehen ist als eine Dienstleistung für die Freunde des Rätoromanischen. Es hat zwei Teile: Romanisch–Deutsch und Deutsch–Romanisch. Ich kann von meiner Sprache her den richtigen Ausdruck im Romanischen suchen, und ich finde die deutsche Bedeutung eines Wortes, das ich nicht verstehe. Der gelehrte Verfasser hatte gar nicht die Absicht, den entlegensten Seltenheiten nachzugehen, Sprache sozusagen als kostbares Sammelgut zu betrachten und Ausdrücke aufzustöbern, die schon fast nicht mehr oder wirklich nicht mehr im Gebrauch sind. Ihm ging es um den aktiv gebrauchten Wortschatz, um die effektiv gesprochene Sprache. Man darf daraus schliessen, dass sein Werk nicht archi-

valischen Zwecken dient, sondern dem Sprachleben unmittelbar.

Im Vorwort des Verfassers finden sich, in der nüchternen Sprache des Sprachforschers, knappe Hinweise auf den Tatbestand, von dem wir aus gegangen sind: «Da die Kenntnis des Romanischen bei den jüngeren Generationen im Rückgang ist, drängte sich als Informationsquelle die vor 1900 geborene Generation auf. Die Überprüfung des Materials bei den nach 1900 geborenen Sprechern zeigte, dass der Unterschied vorwiegend in einer Reduktion des Umfanges des Sprachbesitzes besteht. Die ältere Generation hatte z. T. noch mit der eigentlichen alten Bergbauernkultur in Beziehung gestanden oder ihr angehört, während die jüngeren diese nicht mehr in vollem Ausmass kennen. Die Bergbauernkultur ist einer Kurortzivilisation gewichen.» Theodor Ebneter hat sich also zum Ziel gesetzt, nicht einfach ein Vokabular, sondern ein Spiegelbild der Vazischen Sprachgemeinschaft «in der Endphase dieser Bergbauernkultur» zu schaffen. In übersichtlicher Darstellung gibt er zunächst eine «Anleitung zum Gebrauch», in der er die Prinzipien der Schreibweise und die Bedeutung der phonetischen Zeichen allgemeinverständlich erklärt. Zugleich begründet er, warum er teilweise von der traditionellen Schreibweise abweicht: es geht darum, den gegenwärtigen Sprachgebrauch (und nicht traditionelle Formen) gerade auch in der Lautung festzuhalten. Die einzelnen Artikel des Wörterbuchs bringen das Stichwort in Fettdruck, dann in eckiger Klammer seine Aussprache, in runden Klammern Zusätze zum Stichwort sowie phonetische und morphologi-

sche Varianten. Jeder Artikel enthält in der Regel auch romanische Beispiele für den Gebrauch des Stichworts, diese in Kursivdruck. Der deutsch-romanische Teil des Wörterbuchs erlaubt es dem Nicht-Romanen, von einem deutschen Wort her die betreffenden romanischen Artikel aufzufinden. Unter «Schlitten» beispielsweise finden wir: schlitta f. (Allgemeinbegriff), dann curtan m. (Holzfuhrschlitten), scasola f. (Brettschlitten), schliusa f. (Fuhrschlitten und Schlitten für Personen), schlit und stadal als weitere Formen, die erste für einen Schlitten ohne Eisenbeschlag an den Kufen, die zweite für einen Handfuhrschlitten. Das Beispiel zeigt, wie ein Gerät, das den Wandel der Lebensweise und der bäuerlichen Kultur zur Kurortzivilisation weitgehend überdauert hat, noch im ganzen Reichtum der spezialisierten Benennungen überlebt. Im romanischen Teil, der den volkskundlichen Reichtum der verschiedenen Arten des Geräts erst recht sichtbar macht, sind zum besseren Verständnis auch Zeichnungen eingefügt.

In einem dritten Teil des Wörterbuchs sind die Flur- und Geländenamen der Gemeinde Obervaz aufgeführt und auf einer Übersichtskarte genau situiert.

Theodor Ebneters Wörterbuch ist das Werk eines Kenners der rätoromanischen Sprache, dessen eigene Muttersprache Deutsch ist. *Schonschieri Rischatsch*, der Mastral (Gemeindepräsident) von Vaz, der im Frühjahr 1981 verstorben ist, dankt in einem nachgelassenen kurzen Vorwort dem Verfasser für seine grosse Arbeit und fordert seine Landsleute auf, es als eine Hilfe zur Erhaltung

der gefährdeten Sprache zu gebrauchen.

«Tätige Opferbereitschaft»

Radio DRS, das Radio der deutschen und rätoromanischen Schweiz, hat vor einiger Zeit eine «Scuntrada Rumantscha» durchgeführt, eine Art «Bilanz» der kulturellen, wirtschaftlichen und staatspolitischen Belange. Im Zuge der Sendereihe fiel da auch das Wort von der «tätigen Opferbereitschaft», die seitens der sprachlichen Mehrheit zugunsten der sprachlichen Minderheiten nötig sei, wenn die Schweiz ihrer vielgerühmten Viersprachigkeit nicht über kurz oder lang verlustig gehen wolle. Man kann das auf verschiedene Weise verstehen. Gefordert ist da am Ende nicht nur der Verzicht auf jene Art von wirtschaftlicher Erschliessung, die zwangsläufig Überfremdung oder Eindeutschung romanischer Täler mit sich bringt. Bemühungen darum, der gefährdeten Sprache durch Verbreitung in gedruckten und anderen Medien die Existenz zu erleichtern, dürfen nicht erlahmen. Vor allem aber scheint mir, der Wille und die Bereitschaft, das Romanische zu erlernen, sich vermehrt mit Tradition und Kultur, auch mit dem aktuellen literarischen und künstlerischen Schaffen der Romanen zu befassen, sei eine

Form «tätiger Opferbereitschaft», die viel zu bewirken vermöchte. Wenn die betroffene Bevölkerung, die Rätoromanen insgesamt, den Zustand als Gefährdung erleben, wenn sie ihre Kultur und Sprache erhalten möchten und doch daran zweifeln, ob das überhaupt noch möglich sei, wenn sie – bei allem Selbstbewusstsein – zunehmende Anzeichen von Erosion meinen wahrnehmen zu müssen, so könnte es für sie eine Hilfe und Ermutigung sein, wenn die Anderssprachigen sich bemühen, sich zu assimilieren. Die romanisch-deutsche Anthologie «Rumantscheia» und das Wörterbuch des Romanischen von Obervaz, Lenzerheide, Valbella, das Theodor Ebneter geschaffen hat, sind zwei wertvolle Instrumentarien. Wir sollten von ihnen Gebrauch machen.

Anton Krättli

¹ Vgl. Heft 8 der Schriftenreihe des Philipp-Albert-Stapfer-Hauses auf der Lenzburg: Gegenwart und Zukunft einer gefährdeten Sprache. Verlag Sauerländer, Aarau 1974. – ² Rumantscheia. Eine romanisch-deutsche Anthologie, hrsg. von der Quarta Lingua. Artemis Verlag, Zürich und München 1979. – ³ Theodor Ebneter, Wörterbuch des Romanischen von Obervaz, Lenzerheide, Valbella; Vocabulari dil rumantsch da Vaz. Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1981, Auslieferung durch Desertina Verlag, Disentis/Mustér.

Zweifel am Engagement

Enttäuschte französische Intellektuelle

Mit dem Tode Jean-Paul Sartres im April 1980 endete ein Zeitabschnitt. Vielleicht kann man von einer Sartreschen Ära sprechen, die 1945 begann, und einer post-Sartreschen, die freilich schon zu seinen Lebzeiten eingesetzt hatte. Sartre war der leidenschaftliche Fürsprecher des politischen Engagements der Intellektuellen gewesen, er forderte sie auf, sich aller gesellschaftlichen Fragen anzunehmen und nicht in eine private Sphäre zu fliehen. Die Aufgabe sollte es sein, so Sartre in seinem 1947 veröffentlichten Essay «Was ist Literatur?», «uns mit dem Proletariat zu verbinden und eine klassenlose Gesellschaft zu errichten». Die Intellektuellen sollten, ihre elitäre Eigenbrödelei verlassend, für dieses Ziel wirken, die Schriftsteller in diesem Sinne schreiben, sich der grossen Medien – Presse, Rundfunk, Fernsehen – bedienen, um ein möglichst breites Publikum zu erreichen. Das hiess, in enger Tuchfühlung mit der Kommunistischen Partei stehen, die als ein unverzichtbares Instrument des sozialrevolutionären Projekts galt. Dieser Standpunkt hatte in den ersten Jahren des Nachkriegs-Frankreich ein weites Echo; viele Intellektuelle neigten dem Kommunismus zu (auch wenn sie bisweilen Vorbehalte äussernten) und waren der Ansicht – wie Sartre noch 1960 schrieb –, dass der Marxismus «die Philosophie unserer Epoche» sei. Damals war es üblich, sich reihenweise politisch zu engagieren, sich für diese und gegen

jene Sache zu schlagen: Man ging von bestimmten politischen Grundsätzen aus und visierte ebenso bestimmte politische Ziele an.

Dieses Gefühl der Sicherheit, das eine Art ständiger politischer Mobilisation erlaubte, kam allmählich zu schanden. Die Krise des Sowjetkommunismus wirkte nach und nach ernüchternd, das Sicherheitsgefühl zerstörte. Ergingen bislang von festgefügten Grundsätzen aus messerscharfe Urteile, so wuchsen jetzt Zweifel. Wurden vorher rasche Antworten erteilt, so entstanden nun immer mehr Fragen. Vorübergehend zog Castros Kuba an und Maos Kulturrevolution. Aber das war ein Strohfeuer, eine rasch verlöschende Ersatzreligion, verglichen mit dem Sowjetmythos, dem einige Jahrzehnte lang geopfert wurde. Das Schauspiel, das die französische Kommunistische Partei bot, war auch nicht dazu angetan, Intellektuelle zu ermuntern. Die sich nur widerwillig entstalinisierende Partei übte nicht die geringste geistige Anziehungskraft aus; die Zeit, da sich die Blüte der Intelligenz – die Picasso, Romain Rolland, André Gide und André Malraux – um sie scharte, war endgültig vorbei. Sartre selber hatte zum Schluss sehr selbtkritisch die Bilanz seiner politischen Irrtümer gezogen und wollte zu neuen, etwas nebelhaft anarchistischen Ufern aufbrechen.

Aber auch seine Zeit war vorüber; es kamen die grossen Revisionen, deren Opfer, mit Marx und Lenin,

auch Sartre wurde. Die Kritik des Sowjetkommunismus führte zur Kritik des Marxismus. Der angefochtenen Doktrin wurde zunächst keine andere Doktrin entgegengestellt, sondern die praktische Erfahrung Solzhenizyns und anderer russischer Dissidenten. Früher hatte man die Praxis von der Höhe der Theorie sehr verächtlich behandelt; allgemeinen Gesetzen untergeordnet, wurde sie umgedeutet, entstellt, letztlich unschädlich gemacht. Jetzt kam die Praxis wieder zu ihrem Recht und forderte die Theorie heraus. André Glucksmann attackierte den Sowjetkommunismus, indem er sich den Standpunkt des leidenden Volkes zu eigen machte. Es war jener Standpunkt, den Bertolt Brecht in dem Poem «Fragen eines lesenden Arbeiters» formuliert hatte: «Jede Seite ein Sieg. / Wer kocht den Siegesgeschmaus? / Alle zehn Jahre ein grosser Mann. / Wer bezahlte die Spesen?» Diese Fragen wurden jetzt an den Kommunismus gestellt – was Brecht nicht erwartet hatte. «Das grosse Beben um eine Neue Welt war ein Bluff», schrieb Glucksmann.

Die Grundfrage

Das ist ein Schlüsselwort des Post-Sartrismus: die grandiosen, aber leeren Doktrinen aufspiessen. Skepsis richtet einen gnadenlosen Blick auf den Morast der Illusionen, so meint der Biologe und Nobelpreisträger François Jacob: «Nichts ist so gefährlich wie die Gewissheit, recht zu haben. Nichts ist so zerstörerisch wie die Obsession einer als absolut geltenden Wahrheit.» Das trifft den Marxismus

mittens ins Herz, über den Michel Foucault wie folgt urteilt: «Der Marxismus befindet sich im Denken des 19. Jahrhunderts wie der Fisch im Wasser: anderswo hört er zu atmen auf.»

Ebenso bezeichnend ist die Aussage des Historikers Le Roy Ladurie, der Professor am berühmten Collège de France ist: «Es scheint, dass der Gegensatz Totalitarismus und Freiheit letztlich wichtiger war als die alte Opposition zwischen der Linken und Rechten. In Europa ist der Nazismus militärisch vernichtet worden, und der Faschismus ist kaum bedrohlich, es sei denn in der Rhetorik einzelner Individuen. Die hauptsächliche Gefahr oder die wesentliche totalitäre Wirklichkeit verkörpern die östlich des Eisernen Vorhangs seit 1945 errichteten Strukturen. Auf verschiedene Weise bedrohen sie den freiheitlichen Zustand, der – mit allem Ungeünen, dessen ich mir bewusst bin – Westeuropa begründet.» Der Romancier Jorge Semprun, der viele Jahre ein aktiver Kommunist war, sieht das ebenso: «Heute ist die entscheidende Frage eines linken Denkens die kritische Haltung zur Sowjetunion, damit verbunden ist natürlich die Ablehnung der aus der Komintern-Tradition hervorgegangenen Parteien. Die entscheidende Frage ist weder die Barbarei Pinochets in Chile noch die Einstellung der lothringischen Eisenindustrie, es ist noch nicht einmal die imperiale Machtentfaltung Reagans. Die Grundfrage ist die Haltung zur UdSSR.» Eines der vielen Symptome sich vollziehender Wandlung ist der Niedergang der von Sartre gegründeten Zeitschrift «Les Temps modernes». Einstmals

weithin beachtet, ist ihr Einfluss heute gering; die Polenfrage spaltete überdies die Redaktion. Dominique Pignon und Pierre Rigoulot fanden die Kommunismus-Kritik der Mehrheit ungenügend und statuierten, dass man den Sozialismus überhaupt aufgeben müsse: «Der demokratische Sozialismus existiert nicht, und die marxistisch-leninistische Doktrin führt unvermeidlich zu Unterdrückung und Diktatur.»

Nietzsche – ja, Marx – nein

Das ist die Stunde Null, die Stunde der grossen Revisionen, der scharfen Anklagen, der Beziehtigungen, auch Selbstbeziehtigungen. Die revolutionäre Hoffnung ist verrauscht, beharrliche Skepsis verneint alle sicheres Heil verkündenden Doktrinen. Aufgewertet wird das Einzelne und der Einzelne, die leuchtenden, aber leeren Synthesen haben ihren Nimbus eingebüsst. Im Vordergrund steht die Erforschung der Details, vor Ort, so wie Fernand Braudel die antike Gesellschaft untersucht, Georges Duby die mittelalterliche Landwirtschaft, Emmanuel Le Roy Ladurie die Bauern des Languedoc. Geschichte wird nicht mehr eindimensional erklärt, nach der Art des Marxismus auf eine wichtige Ursache reduziert, sondern pluridimensional, wobei viele Faktoren beachtet werden.

Vertraute Mythen gehen dabei unter, so wenn François Furet die Geschichte gegen den Strich bürstet und die Irrtümer des traditionellen Verständnisses der Französischen Revolution darstellt: es gibt keine historischen «Gesetze», Zufälle wirken

mit, der Charakter Einzelner wie die Imagination, die Vorstellungen und Ängste der Vielen. Die Verwerfung des dekretierten Allgemeinen hat eminente politische Folgen; sie bewirkt, dass die Freiheit des Einzelnen heute ganz anders bewertet wird als früher, da man sie, im Bewusstsein, den Weg der grossen Freiheit zu kennen, gering achtete. Es gibt keine Doktrin zum Nachbeten, die Ismen haben gründlich abgewirtschaftet, Kritisches steht hoch im Kurs. So kann es nicht überraschen, dass Nietzsche eine neue Wertschätzung zuteil wird – er nimmt sozusagen den Platz von Marx ein. Das verweist auf das Divergierende der französischen und deutschen Entwicklung: Als in der Bundesrepublik der Marx-Kult begann, war sein Höhepunkt jenseits des Rheins bereits überschritten.

Zeugnisse für den geistigen Wandel sind die Buchhandlungen. Nimmt man sie in Augenschein, konstatiert man ein beachtliches Schrumpfen der marxistischen Abteilung. Wo einst Marx und Lenin prangten, die gelehrten Exegeten Gramsci und Lukács die Regale füllten, da findet man jetzt Freud und seinen französischen Schüler Lacan, Jung und Adler, Lévi-Strauss und die Anthropologie, Strukturalisten und Linguisten, Nietzsche und Heidegger. Auch die lange so vernachlässigten angelsächsischen Positivisten mit Popper haben sich ausgedehnt. Schliesslich entdeckt man auch eine grossangelegte Ausgabe der Werke von Adorno und Horkheimer; aber man fragt sich, ob dies nicht schon zu spät kommt und der allgemeinen Marx-Müdigkeit zum Opfer fällt.

Es kann nicht überraschen, dass die

vorherrschende Skepsis auch auf die Haltung zur sozialistischen Regierung abfärbt. Sie ist von wohlwollender Zurückhaltung gekennzeichnet. Dabei werben die neuen Regierenden für die Mitarbeit der Intellektuellen, aber diese verspüren wenig Lust, sich intensiv zu engagieren. Sie wollen erst abwarten, was da geschieht, und sie wollen sich frei halten, auch gegenüber einer Regierung, der sie nahestehen. «Die Intellektuellen schweigen», bemerkte kritisch «Le Monde». Gestern seien sie so redselig gewesen und heute seien sie verstummt. Nun hängt gewiss das eine mit dem andern zusammen. Das enttäuschende Experiment des hitzigen politischen Engagements hat Spuren hinterlassen, die noch lange nachwirken werden. Wer sich einmal so heftig die Finger verbrannt hat, ist nicht gerade begierig, sie noch ein zweites Mal zu verbrennen.

Kontinuität der Experten

Aber dies gilt keineswegs für alle Intellektuellen, ein beachtlicher Teil unterstützt aktiv die Regierung, fast die Hälfte der sozialistischen Abgeordneten sind Lehrer und Professoren, in den ministeriellen Kabinetten sind Intellektuelle zahlreich. Aber da handelt es sich um einen anderen Typ: Wirtschafts-, Finanz- und Verwaltungsexperten. Sie kommen oft aus den gleichen Eliteschulen wie ihre Vorgänger, die sie abgelöst haben, so dass man in mancher Hinsicht eher von einer Kontinuität als von einer Veränderung sprechen kann. Die Gruppe dieser hochqualifizierten Fachleute hat sich in den letzten Jah-

ren ständig vermehrt, ihr Einfluss ist grösser geworden auf Kosten desjenigen der Philosophen. Auch dies signalisiert ein Novum gegenüber der Sartreschen Ära, als die Philosophen den Ton angaben. Es ist nicht auszuschliessen, dass das grosse Gewicht der hohen Experten eine pragmatische Ausrichtung des französischen Denkens fördern kann, eine Orientierung, die sich – wie wir dargestellt haben – in den Geisteswissenschaften ohnehin bereits ankündigt.

Es gibt erstaunliche Wandlungen, leidenschaftliche Kommunisten sind ebenso leidenschaftliche Antikommunisten geworden, Emotionen quellen über, und dann werden die alten Irrtümer nur von neuen abgelöst. Ein Kreuzzug löst den andern ab, ebenso stürmisch und ebenso verbündet. Bei manchen führt das zum orientierungslosen Hin- und Herkreuzen, je nach der Wetterlage mal dieser und mal jener Mode oder Laune nachgebend, so dass man oft an Alexander Mitscherlichs Darstellung der «vaterlosen Gesellschaft» erinnert ist: Menschen, die mit der Abkehr von der Kommunistischen Partei ihren Vater verloren haben und folglich ziellos herumtreiben. Treffendstes Beispiel ist Roger Garaudy, langjähriger philosophischer Lehrmeister der Kommunisten, der nach seinem Parteiausschluss 1970 sich als Christ deklarierte, um dann mit demselben Eifer für den Buddhismus, den Islam, altgriechische Kulte und moderne Kulturrevolutionen zu schwärmen. Solch ekletisches Gebräu bezeugt die Verwirrung eines altgedienten Orthodoxen, der mit seinem Glauben zugleich auch jegliche Orientierung verlor. Das ist ein

Extremfall, aber er steht nicht allein. Nach dem Verlust eines Gottes wird eine neue Gottheit errichtet und ein neuer Feind anvisiert. So schrieb der Sartre-Schüler André Gorz ein Buch unter dem Titel «Abschied vom Proletariat», in dem er Marx und dem Sozialismus den Rücken kehrt. In einem nächsten Schritt identifiziert Gorz sein Adoptiv-Vaterland Frankreich mit der «Idee der Freiheit» – eine These, die zum Beispiel Sartres Kampf gegen den französischen Kolonialismus nicht zu erklären vermag. Der scharf Zensierende bezichtigt dann die Deutschen des Verrats an Polen und der Feigheit vor Russland; die Schweiz, wo Gorz während des Kriegs Asyl fand, erscheint schlicht als verachtenswert. Hier mausert sich der frühere Revolutionsglaube in ein ebenso vehementes nationalistisches Verdict. Der Absolutismus der Geste ist geblieben, nur haben sich die Ziele geändert. Die Welt wird weiter nach einer Reissbrett-Logik aufgeteilt, nur ist das System der Logik das Gegen teil des gestrigen. Solche Extremfälle beweisen, dass der Bruch mit der Vergangenheit nicht immer ein Absprung ins Bessere bedeutet. Mitunter ändern sich allein die Vorzeichen, Bewegung wird vorgetäuscht, der wirkliche Zustand ist Starrheit.

«Stehen die Intellektuellen noch immer links?» fragte das Pariser Magazin «Le Point». Die Frage kann man sicher grosso modo mit Ja beantworten. Wenn es keine «Neue Philosophie» gibt – dies war ein gelungener Werbegag –, so hat auch die «Neue Rechte» bisher keine grossen Siege errungen. Weit schwieriger zu beantworten ist die Frage: Was ist eigentlich heute links? Da finden Revisionen, Mutationen und Anpassungen statt, deren Folgen sich heute nicht voraussehen lassen. Freilich ist damit zu rechnen, dass der Begriff der Linken sich so gründlich verändert, dass er mit den traditionellen An schauungen nur wenig gemein haben wird. Die Funktion des Intellektuellen als «Hüter der fundamentalen Ziele» ist entwertet – nicht zuletzt durch die begangenen Fehler. In alter Pracht wird sie kaum wieder erstehen. Dieses Scherbengericht ist sowohl trostlos wie ermutigend. Bewundernswert ist die dabei geübte Selbtkritik. Sie hat nichts mit geistfeindlicher Verunglimpfung zu tun, sie dient dem Selbstverständnis. Aber es sollte natürlich sein, dass Intellektuelle, die es gewohnt sind, an anderen Kritik zu üben, sich nicht selber schonen.

Heinz Abosch

Jugoslawien – ein Staat fürchtet den Wandel

Seit dem Tode Titos im Mai 1980 hat sich die Situation in Jugoslawien politisch wie wirtschaftlich bedeutend verschlechtert; ausserdem ist die weltpolitische Geltung des Landes gesunken.

Viele der Probleme, die Jugoslawien heute niederdrücken, waren im Ansatz freilich schon unter Tito vorhanden, nur wurden sie damals unter den Teppich gewischt oder vom

Glanz überdeckt, den Titos Persönlichkeit ausübt. Jugoslawien ist ein schwaches Land geworden. Aber es wäre unrealistisch anzunehmen, dass der südslawische Staat eines Tages einfach von innen her zusammenfallen könnte. Auch das Vorkriegsjugoslawien vermochte sich in einem Zustand ähnlicher Schwäche lange Zeit zu halten, einmal unter Zuhilfenahme von Zwangsmassnahmen, dann wieder mit geschickten politischen Schachzügen.

Es bedurfte des Anstosses von aussen, um das alte Jugoslawien zusammenbrechen zu lassen. Heute zeigt, im Gegensatz zur Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, keine Grossmacht Lust, an Jugoslawien mit Gewalt zu röhren. Keine ausländische Macht will die inneren, nationalen Gegensätze Jugoslawiens für eigene Zwecke ausnützen; sogar im Falle Albaniens ist es, im Gegensatz zu Behauptungen aus Belgrad, keineswegs sicher, ob wirklich von dort ins Gewicht fallende Einflüsse auf die Albaner des Kosovo und Mazedoniens herkommen.

Im Grunde ist somit die gegenwärtige Existenz Jugoslawiens relativ gesichert. In jener sogenannten stillschweigenden Absprache, die Churchill und Stalin im Herbst 1944 über die Aufteilung der Einflusssphären in Südosteuropa trafen, wurde auf Jugoslawien die Formel 50 : 50 angewandt. Weder die Sowjets noch die westlichen Alliierten verstanden diese Formel je im Sinne einer territorialen Teilung; wo solches unterstellt wurde, ging es um Propaganda. In der Praxis hat die Formel Jugoslawien eine unabhängige Stellung, eine Art Neutralität, gebracht. Wenn Stalin 1948 Jugoslawien angegriffen hätte, hätte er bestimmt mit einer westlichen Reaktion

rechnen müssen. Tito baute später von dieser Position aus die Politik der Blockfreiheit auf. Diese neigt sich heute wieder, zumindest in ihrer institutionalisierten Form, einem Ende zu. Tito selber hatte, als er im Zeichen einer einseitig «links» verstandenen Blockfreiheit eine ganze Anzahl sowjetischer Verbündeter in die Bewegung hineinzog, die Voraussetzung für deren Missbrauch und für Konflikte geschaffen. Heute kann von einer Bewegung der Blockfreien als einer einheitlich ausgerichteten politischen Kraft in der Welt nicht mehr die Rede sein; die einzelnen Staaten der «Dritten Welt» sind im Begriffe, sich neue regionale und sogar globale Organisationen zu schaffen. Für Jugoslawien wird deshalb jene andere Definition seiner Stellung wieder wichtiger, jene eines «unabhängigen sozialistischen Landes». Ob es jemals zu einer wirklichen Anlehnung an die Staaten Westeuropas kommen wird, ist fraglich; dafür gehen die Interessen wohl immer noch zu sehr auseinander.

Verschiebung des Aussenhandels

Eine reale Schwächung seiner aussenpolitischen Stellung ist für Jugoslawien aus dem Zerfall der Bewegung der Blockfreien nicht entstanden. Es ist nun einfach wieder, ohne blendenden Firlefanz, in den Gegensatz zwischen den beiden Machtblöcken hineingesetzt und muss zwischen ihnen existieren. Die neue Administration Reagan hat durch den Besuch Aussenminister Haigs in Belgrad im letzten Jahr klargemacht, dass sie am Status quo in bezug auf Jugoslawien interessiert ist und weiterhin jede Ände-

rung als eine Verschiebung des weltpolitischen Gleichgewichtes beurteilen würde. Die Sowjets trachten gegenwärtig, Jugoslawien durch Handel stärker an sich zu binden. Da die jugoslawischen Firmen wegen der Mühsamkeiten des inneren Systems und auch sonst aus Bequemlichkeit wenig Anstrengungen an den Tag legen, ihren Export in den Hartwährungsraum zu steigern, gefallen sich die Oststaaten, ihnen voran die Sowjetunion und die Tschechoslowakei, in der Rolle der verwöhnenden Fee, die den Jugoslawen, ohne auf Preise, Qualität und Pünktlichkeit allzu sehr zu achten, grundsätzlich alles abkaufen, was diese zu liefern geruhen. Bald erreicht der Anteil des Ostens am jugoslawischen Aussenhandel rund 50 Prozent. Die Sowjetunion kürzt ihren Verbündeten im Ostblock dieses Jahr die Erdöllieferungen um rund 10 Prozent, nur um den Jugoslawen mehr abgeben zu können.

Es wird von westlichen Beobachtern in Belgrad immer wieder die Frage gestellt, ob aus dieser kontinuierlichen Verschiebung des jugoslawischen Aussenhandels Richtung Osten nicht politische Folgen entstehen könnten. Es ist möglich, dass die Sowjets eines Tages versuchen, in diesem oder jenem Punkt über die Handelsbeziehungen auf Jugoslawien einen Druck auszuüben. Sie müssten indessen dabei sehr vorsichtig zu Werke gehen, denn ein solches Vorgehen könnte auch an andern Orten, in der Dritten Welt oder in Westeuropa, Alarmzeichen auslösen. Das gegenwärtige jugoslawische politische Establishment dürfte gegen prosowjetische Orientierungen eher immun sein. Es ist massgebend vom Jahr 1948

geprägt und betrachtet die unabhängige Stellung des Landes als untrennbares Bestandteil jenes «Tito-Weges», dem es sich verpflichtet fühlt und an den es seine Machtstellung knüpft. Bezeichnend sind die Reaktionen aus den Reihen dieses Establishments gegenüber Versuchen von Schriftstellern und andern Angehörigen der Intelligenz, die Frage des damaligen Vorgehens gegenüber Anhängern der Kominform-Resolution aufzuwerfen, insbesondere des Konzentrationslagers auf Goli Otok. Gerade dogmatische Politiker reagieren auf diese Kritik mit grosser Schärfe. 2000 Angehörige der jugoslawischen Grenztruppen seien in jenen Jahren an den östlichen Grenzen des Landes in Zwischenfällen ums Leben gekommen, so sagte der Bosnier Mikulić, aber kein einziger «Kominformist» sei in Jugoslawien zum Tode verurteilt worden.

Zeichen innerer Schwäche

Die innere Schwäche Jugoslawiens liegt in einer Mischung von nationalen, staatspolitischen und wirtschaftlichen Problemen. Sie manifestiert sich nicht zuletzt in einer wachsenden Selbständigkeit der Republiken, wobei es je länger je weniger darauf anzukommen scheint, dass in allen der sechs Republiken und der beiden autonomen Regionen Kommunisten an der Macht sind. Die Republiken zeigen nicht nur zusehends ihr eigenes politisches Gesicht, sondern sie versuchen auch, und sind sogar dazu gezwungen, eigene Lösungen für die dringendsten Probleme, besonders die wirtschaftlichen, zu suchen. Auf der andern Seite zeigt die Bundesgewalt zusehends Zeichen

der Schwächung, ja der Verwahrlosung. Das Konsensusprinzip zwischen den Republiken hat sich als Grundlage für den Entscheidungsprozess im Bunde fest etabliert. Dabei ist es, sowohl im Bund wie in den Republiken, nicht ganz klar, von welchen Institutionen und Organen aus in Jugoslawien überhaupt regiert wird. Ist es die Partei, die Regierung oder das Staatspräsidium?

Sicher ist, dass Entscheidungen in Jugoslawien heute nicht mehr nur an einem einzigen Ort fallen. Die Bundesgewalt wird mehr und mehr nur zu einer Summe der sechs oder acht Republiks- und Regionsgewalten. Die Idee Titos, einem föderalisierten Staat eine zentralistische Partei gegenüberzustellen oder gar überzuordnen, ist fehlgeschlagen. Auch andere «zentrale» Institutionen, wie die Polizei, sind vom Föderalismus erfasst, und sogar die Armee hat im Kosovo feststellen müssen, dass es keineswegs einfach ist, eine gesamtjugoslawische Rolle zu spielen.

Immer wieder wird versucht, die Bundesgewalt in dieser oder jener Form zu stärken, aber da jede Republik und jeder Politiker darunter etwas anderes versteht, versanden diese Versuche meistens. Oft spielen dabei personelle Fragen eine Rolle. In der neuen Regierung zum Beispiel, die im kommenden April oder Mai eingesetzt wird, wird zwar der Slowene Stane Dolanc vermutlich das Innenministerium leiten und es dank seines Gewichts aus einer gewissen Obskurität herausnehmen, aber an der Spitze des Bundesexekutivrates, der Regierung also, wird die umstrittene Kroatin Milka Planinc stehen, der nur wenige Jugoslawen die Kraft zu einer wirklich

koordinierenden und leitenden Rolle zutrauen. Bei jugoslawischen Politikern auf Bundesebene kommt es darauf an, ob sie politisch in ihrer Heimatrepublik gut verankert sind; diese Frage wird sich auch für Stane Dolanc stellen, und sie lässt sich für ihn noch nicht eindeutig beantworten.

Es bleiben freilich auf Bundesebene, gerade im wirtschaftlich-finanzpolitischen Bereich, immer Möglichkeiten, durch kurzfristige Verordnungen oder gar auf dem Notstandsweg gewisse Dinge zu bewirken, ja, Unfug anzustellen. Was sich der abtretende Bundesfinanzminister Kostić in seinem letzten Amtsjahr diesbezüglich mit seinen Gesetzesprojekten über eine «Grenztaxe» oder mit seinen neuen Zollvorschriften leistete, hat wahrscheinlich besonders in den westlichen Republiken mehr zur Demontage des gesamtjugoslawischen Bewusstseins beigetragen als alle wirklichen oder vermutlichen Nationalisten.

Rückwärtsorientierte Bundesgewalt

In einem Föderativstaat kann sich die Bundesgewalt entweder als Durchschnitt der Partikulargewalten verstehen oder sie kann aktiv in eine Richtung ziehen, vorwärts oder rückwärts. In Jugoslawien zieht die Bundesgewalt, sowohl auf Regierungsebene wie auf Parteibene, immer stärker rückwärts. Sie ist zum Sitz reaktionärer Tendenzen geworden, sei es in der Wirtschaftspolitik, in der Frage der politischen Liberalisierung oder auch nur bei der Beurteilung der Presse. Im Rahmen der Bundesparteiorganisation besteht jene Kommission für Kaderfragen, unter Leitung des dogmatischen Bosniens Miskulić, wel-

che für die Ämter auf Bundesebene die Kandidaten sucht und vorschlägt. Selbstverständlich kann diese Kommission über die Besetzung der Positionen nicht allein und nicht endgültig entscheiden. Aber ihrem rückwärtsorientierten Standpunkt ist es zu einem beachtlichen Teil zuzuschreiben, dass immer wieder die gleichen Leute in den oberen Gremien herumrotieren und neue Leute sehr traditionalistisch eingestellt sein müssen, wenn das Auge der Kommission auf sie fallen soll.

In der Wirtschaftspolitik des Bundes fällt die Tendenz auf, alles über einen Leisten zu schlagen. Während Ökonomen, Publizisten und sogar Politiker immer wieder davon sprechen, dass in Jugoslawien endlich die Marktkräfte zu ihrem Recht kommen sollten, weil sonst nie zu realen Preisen produziert werden könne, führen die Bundesorgane langfristig starre Preiskontrollen ein, welche destimulativ wirken und zu Verzerrungen führen müssen.

Noch schlimmer wirken sich die rigorosen Einfuhrbeschränkungen aus, die einzelne Betriebe fast lahmlegen, andere im Export behindern und allgemein den Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland, vor allem dem westlichen, beeinträchtigen; auch auf dem Gebiet der Kooperationen. Die verantwortlichen Belgrader Stellen behaupten, der Internationale Währungsfonds zwinge Jugoslawien zu einer solchen Politik, da er die Offenhaltung seines Kredites von der Reduzierung der Inflationsrate und des Zahlungsbilanzdefizites abhängig mache.

Schematismus des Währungsfonds

Wahrscheinlich handelt Jugoslawien im Lichte dieser Empfehlungen sogar

richtig, da tatsächlich bei dem kritischen Schuldenstand des Landes gegenüber dem Westen von über 18 Milliarden Dollar die Erhaltung des Kredites seitens des Währungsfonds, an dem auch der private Kredit im Westen hängt, eines der wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele darstellen muss. Schlechtes Licht fällt auf den Währungsfonds, der hier offensichtlich schematisch die Kriterien aus ganz anders gelagerten Verhältnissen auf Jugoslawien überträgt. Die Inflation ist in diesem Lande, wie hoch sie immer sein mag, nicht die Hauptsorge, und das Zahlungsbilanzdefizit an sich ist nur in Einzelaspekten eine absolut ins Gewicht fallende Grösse. Es wäre dann am kleinsten, wenn der ganze Aussenhandel auf null absänke. Auf dieses Ziel lenkt der Währungsfonds Jugoslawien geradezu hin, wenn er ihm Importrestriktionen als wichtigstes Mittel zur Erfüllung seiner Bedingungen vorschreibt statt Exportförderung, und zwar in den Hartwährungsraum. Jugoslawien muss den Anschluss an den Weltmarkt erst schaffen, ihn nicht schon wieder verbauen. Im übrigen ist nicht einzusehen, weshalb eine von den westlichen Industriestaaten getragene Institution wie der Währungsfonds allen seinen Randmitgliedern als wichtigstes Heil- und Stabilisierungsmittel ausgerechnet Importrestriktionen aus dem Hartwährungsraum vorschreibt. Wenn dies Schule macht, werden die westlichen Länder eines Tages ihre Produkte nur noch untereinander austauschen können.

Der Grund, weshalb Jugoslawien seine Exporte in den Hartwährungsraum nicht erhöhen kann und deshalb seit der Erhöhung der Erdölpreise von

einer wirtschaftlichen Schwierigkeit in die andere fällt, liegt in seiner Wirtschaftsordnung, seinem von Kardelj gestalteten und langsam in der Verfassung verankerten System der «Selbstverwaltung». Das Prinzip der Selbstverwaltung an sich stört dabei weniger als die ungeheuer komplizierten und wirtschaftswidrig gestalteten Instrumente, mit denen die Unternehmen belastet werden. Die jugoslawischen Unternehmen sind schon, bevor sie überhaupt ein wirtschaftliches Resultat erarbeiten können, derart mit Lasten überhäuft, dass sie trotz billigerer Löhne mit gleichartigen Betrieben in den westlichen Ländern nicht konkurrieren können. Sie verkaufen besser auf dem Binnenmarkt oder im Osten. Die jugoslawische Nationalbank ist im Interesse einer halbwegs stabilen Währung dagegen, diese Nachteile über den Wechselkurs zu korrigieren; sie kann es wohl auch mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Importes nicht tun.

Gegen Wirtschaftsreformen

Obschon jugoslawische Volkswirtschafter immer wieder mit grossem Nachdruck auf die Nachteile des geltenden Wirtschaftssystems hinweisen, scheint es unmöglich, von der gegenwärtigen nachtitoistischen Führung die Zustimmung zu grundlegenden Reformen zu erhalten. Reformen werden regelmässig abgelehnt mit dem Argument, damit würde die «Selbstverwaltung» angetastet, auch wenn dies gar nicht stimmt. Das Zentralkomitee der Partei hat sich im November 1981 klar gegen wirtschaftliche Reformen ausgesprochen und auch für

den kommenden Parteitag vom Sommer 1982 wäre die Frist dafür bereits verstrichen. Solange es aber Jugoslawien nicht gelingt, sich des ideologisch bestimmten Kardeljschen Systems in der Wirtschaft zu entledigen, kann es zu keiner wirklichen Sanierung kommen, und die Schwierigkeiten dürften sich noch verstärken.

Die gegenwärtige, teilweise überaltete nachtitoistische Führung stemmt sich gegen wirtschaftliche und auch politische Reformen, weil sie glaubt, mit «Titos System» und «Titos Weg» sei ihre persönliche Machtstellung verbunden. Die jugoslawischen Kommunisten haben den Prozess ihrer Macht-ergreifung, die Figur Titos und dessen Leistungen derart auf ein Piedestal gehoben, dass sie fast darauf angewiesen sind, sie dort zu lassen. Bezeichnend für die fast panische Angst vor einer Entmystifizierung Titos und seiner Ära sind unter anderem die Reaktionen gegen den 1981 erschienenen zweiten Band der «Beiträge» von Vladimir Dedijer zur Biographie Titos. Zwar ist zuzugeben, dass sowohl die Person des Verfassers wie auch verschiedene seiner Darstellungen Angriffsflächen bieten. Bei den Angriffen, die heute in Jugoslawien gegen Dedijer erhoben werden, geht es indessen hauptsächlich um das Argument, dass es «einseitig» oder gar «politisch unklug» sei, diesen oder jenen Vorfall aus der Zeit der Komintern oder aus dem Partisanenkrieg einer sozusagen «unvorbereiteten» Öffentlichkeit preiszugeben. Hand in Hand mit solchen Attacken wächst in dogmatischen Funktionärskreisen eine tiefe Unzufriedenheit über die freiere Schreibweise der jugoslawischen Presse.

Eine freiere Presse

Diese freiere Haltung der Presse, zweifellos das bisher wichtigste Demokratisierungsphänomen im nachtitoistischen Jugoslawien, ist regional bedingt. In der Presse widerspiegelt sich somit auch die zunehmende Differenzierung zwischen den einzelnen Republiken, auch gewisse konstruktive Eigenentwicklungen in einzelnen Landesteilen. In Slowenien herrscht heute eine ruhige, gemässigte politische Atmosphäre und ebenso eine Atmosphäre des wirtschaftlichen Realismus. In Serbien ist es, als Reaktion auf die Krise der Bundesgewalt und auf die Ereignisse im Kosovo, zu einer national-serbischen Aufwallung gekommen, die einmal auf eine Straffung der Verhältnisse innerhalb der Republik Serbien mit ihren beiden Regionen Woywodina und Kosovo abzielt, aber auch die Stellung Serbiens und der Serben im Bundesganzen ins Auge fasst.

Diese serbische republikanische Erneuerung knüpft ungesagt in manchen Aspekten bei der Ära Nikezić an, den Tito 1972 absetzen liess. Den serbischen Politikern von heute schwebt ein wirtschaftlich modernes Serbien vor, das seinen Platz in Jugoslawien besser als bisher ausfüllt. Die Bewegung hat die traditionell freiheitliche Atmosphäre des intellektuellen Belgrads in weiten Teilen in sich aufgenommen; die Belgrader Presse, voran die Zeitschrift «NIN» und die Zeitung «Politika», gehört zur offensten des Landes.

Gegenüber den Albanern im Kosovo befindet sich Serbien freilich in einem schweren Dilemma. Dort war das Zentrum des mittelalterlichen serbischen Reiches, und dort leben Serben, die sich heute bedrängt fühlen und abwan-

dern. In der ersten Zeit nach der Revolte im Kosovo vom Frühling 1981 waren nicht nur in der serbischen Presse, sondern sogar im serbischen Zentralkomitee und im Parlament Töne erklingen, die von Missachtung gegenüber der albanischen Nation, ihrer Geschichte und ihren Symbolen zeugten. Es entstand der Eindruck, dass die harsche Repression gegenüber den Albanern serbisch inspiriert sei und dass Jugoslawien wie in der Vorkriegszeit wieder zu einer Art «Gross-Serbien» würde. In neuester Zeit zeigen sich an diesem Bild einige Retuschen. Man findet heute auch in «NIN» und in anderen serbischen Zeitschriften bemerkenswert verständnisvolle Analysen über die Situation im Kosovo; die wirklich scharfmacherischen Gerichtsurteile gegenüber Albanern werden heute nicht in Serbien, sondern in Mazedonien gefällt.

Dogmatische Bosnier

Das Gegenstück zu Serbien und Slowenien bildet die Republik Bosnien-Hercegovina, wo auf der Basis reicher Rohstoffvorkommen und eines labilen nationalen Gleichgewichtes ein aggressiver politischer und ideologischer Dogmatismus blüht. Die in Sarajevo erscheinende Zeitschrift «Svijet» wird als das Zentralorgan aller jugoslawischen kommunistischen Dogmatiker bezeichnet. In dieser Republik kommt es zu Verfolgungen der Kirchen sowohl des katholischen, des orthodoxen wie des muselmanischen Glaubens. Nach den kürzlich veröffentlichten Ergebnissen der Volkszählung von 1981 sind die Moslem, die seit langem als eigene Nation anerkannt werden,

trotz eines beträchtlichen absoluten Zuwachses bei einem relativen Bevölkerungsanteil von knapp 40 Prozent stehengeblieben, weil sich gleichzeitig 326 000 Bewohner der Republik national als «Jugoslawen» bezeichneten. Neben gewissen Gegenden Kroatiens war Bosnien-Hercegovina der einzige Teil Jugoslawiens, wo unterschiedlich eine gewisse Propaganda geführt wurde, wonach die neueingeführte nationale Kategorie «jugoslawisch» als «fortschrittlicher» gelten müsse als das Bekenntnis zu einer bestimmten Nation oder Nationalität des traditionellen Typs. Es ist auch viel muslimische Apostasie an dieser Haltung beteiligt.

Kroatien in Fort- und Rückschritt

Als Januskopf bietet sich die Republik Kroatien dar. In der Wirtschaftspolitik ist sie von fortschrittlichen Tendenzen beherrscht, und die Behörden der Republik verteidigen die wirtschaftlichen Republiksinteressen im gesamtjugoslawischen Rahmen recht wirksam. Aber im ideellen «Überbau» hören sich die Ausserungen und Manifestationen von beiden Seiten oft archaisch an. Der sehr betagte Bakarić und sein Kreis haben sich von Reformern schon lange in Verteidiger erstarter ideologischer Standpunkte verwandelt, und die jüngeren sogenannten «Kroato-Marxisten», wie Kultur- und Erziehungsminister Šuvar, verfechten bei aller persönlichen Konzilianz ihre aus der marxistischen Ideologie abgeleiteten Standpunkte oft starr und intolerant. Auf der andern Seite wird man schwer behaupten können, dass alles, was die sogenannten Nationali-

sten oder die katholische Kirche zur kroatischen Sache verkünden, von Pragmatismus und Modernität beherrscht sei.

Schon vor dem Zweiten Weltkrieg pflegte man in Kroatien die ideologischen Gegensätze recht abstrakt und unelastisch auszutragen; die ideologisierenden Zeitschriften von Zagreb waren über die Grenzen des Landes hinaus ein Begriff. Kompliziert wird die heutige Situation durch das serbische Element. Die in Kroatien, hauptsächlich in der Lika und den angrenzenden Gebieten wohnenden Serben sind wirtschaftlich zurückgeblieben, leben isoliert vom übrigen Serbentum, neigen aus Angst vor dem kroatischen Nationalismus traditionell zu einem straffen jugoslawischen Unitarismus und stellen, obwohl kaum fünfzehn Prozent der Bevölkerung umfassend, dreissig Prozent aller kommunistischen Parteimitglieder in der Republik. Ihre politischen Exponenten, Dragosavac und Baltić, sind ausgeprägte Dogmatiker und haben grossen Anteil sowohl an der Kampagne gegen die katholische Kirche, mit dem Zagreber Erzbischof Kuharic an der Spitze, wie auch an den Prozessen gegen national gesinnte kroatische Intellektuelle. Diese Prozesse, von der hauptsächlich aus dem serbischen Element bestehenden politischen Polizei vorbereitet, zeichneten sich durch willkürliche Beweiswürdigung und durch Masslosigkeit der Urteile aus.

Die nationale Frage und damit verbunden die Problematik des Staatsaufbaus ist seit 1918 stets das wichtigste und heikelste Problem Jugoslawiens gewesen. Gewisse Aspekte dieser Frage wurden unter Tito verdeckt, aber nie gelöst. In seinen jüngeren

Jahren glaubte Tito unter dem Einfluss der marxistischen Ideologie, dass der Nationalismus eine ausschliesslich bürgerliche Sache sei und mit der Entfernung seiner Träger von der Macht keine Existenzgrundlage mehr haben könne. Als Tito merkte, dass er sich geirrt hatte, reagierte er zu heftig und legte damit erst recht den Grundstein zu Konflikten.

Krise im Kosovo

Im Frühjahr 1981 ist nun der nationale Aufbau Jugoslawiens an seiner schwächsten Stelle, im Kosovo, eingestürzt. Die Region Kosovo liegt glücklicherweise relativ peripher, aber der Schaden scheint bleibend zu sein und das Problem unlösbar. Serbien und Montenegro hatten sich hier, auf Grund historischer Erinnerungen, 1912 ein Gebiet angeeignet, das ethnisch in der überwiegenden Mehrzahl nicht oder nicht mehr von Südslawen bewohnt war. Die albanische Nation hatte schon damals ihre eigene Dynamik und ihre eigene Vorstellung von nationaler Einheit. Die Unterdrückungspolitik gegen die Albaner im ersten Jugoslawien trug wenig bei, diesen ein südslawisches Gefühl einzimpfen; sie präsentierten dafür im Zweiten Weltkrieg ihre Rechnung. Dies wiederum verführte auch das kommunistische Jugoslawien zu einer Politik der nationalen Unterdrückung gegen die Albaner, die erst nach dem Sturz Rankovićs 1966 aufhörte. Erst zu diesem Zeitpunkt konnten jüngere albanische Kommunisten im Kosovo die Macht übernehmen; es begann ein Prozess der nationalen Affirmation mit all seinen positiven und auch nega-

tiven Begleiterscheinungen. Dieser Prozess hat sich nun 1981 gewaltsam überschlagen.

Die Albaner des Kosovo verlangen die Umwandlung ihrer autonomen Region in eine eigene jugoslawische Republik und in einer zweiten Stufe den Anschluss auch der von Albanern bewohnten Gebiete Mazedoniens und Montenegros an diese. Diese Forderungen sind an sich weder neu noch «feindselig» oder «konterrevolutionär». Albanische Politiker des Kosovo hatten sie schon vor Jahren erhoben. Es trifft auch keineswegs zu, dass die Albaner des Kosovo heute einen politischen Anschluss an das Albanien Enver Hodschas wünschen, wie man auch den Eindruck hat, dass Tirana gegenüber den an grössere Freiheiten gewöhnten Albanern auf der andern Seite der Grenze Reserven hat. Viele Slogans sind symbolisch gemeint oder sind Trotzreaktionen. Dennoch hat das offizielle Jugoslawien gegenüber der Revolte im Kosovo in einer Weise reagiert, als ob jede Regung nationalen albanischen Selbstgefühls einen offenen Angriff gegen die Integrität des jugoslawischen Staates darstelle. Diese kurzsichtige Politik der gewaltsamen polizeilichen und sogar militärischen Repression hat, wie nunmehr auch die jugoslawische Presse offen zugibt, zu einer weitgehenden Solidarisierung aller Albaner geführt, auch derjenigen, die sich innerhalb Jugoslawiens wohlgefühlt hätten. Es kommt zu Übergriffen gegen die im Kosovo lebenden Serben und Montenegriner, was bei den Unruhen vom Frühling 1981 noch kaum der Fall gewesen war.

Viktor Meier